

II-11323 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/41-Parl/90

Wien, 31. Mai 1990

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Rudolf PÖDER

5291/AB
1990-06-01
zu 5342/J

Parlament
1017 Wien

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 5342/J-NR/90, betreffend volle Integration Österreichs in die EG-Forschungs-, und Entwicklungsprogramme, die die Abg. Dr. Blenk und Genossen am 4. April 1990 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Anlässlich der Gespräche zwischen Vizepräsidenten Pandolfi und mir am 27.2. in Brüssel wurde die Vollteilnahme an den beiden EG-Umweltforschungsprogrammen STEP und EPOCH sowie die Teilnahme Österreichs an den Rahmenprogrammen der EG besprochen.

Der Vizepräsident der EG-Kommission regte bei diesem Gespräch an, daß Österreich als Beitrittskandidat im wichtigen Bereich der Forschung und Technologie den Beitritt zur EG durch volle Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EG vorwegnehmen könnte (Simulationsmodell).

In der Zwischenzeit haben die bilateralen Kontakte zwischen der EG und Österreich betreffend die Teilnahme an den beiden Umweltforschungsprogrammen ergeben, daß im Hinblick auf das österreichische Forschungspotential nur die Teilnahme am EG-Umweltforschungsprogramm STEP konkret ins Auge zu fassen ist. Die Kosten der geplanten österreichischen Teilnahme an STEP werden sich auf ca. 26 Millionen S (1990-1992) belaufen.

- 2 -

Der am 14. März 1990 eingebrachte Ministerratsvortrag betreffend die zwischen Vizepräsident Pandolfi und mir geführten Gespräche wurde am 2. Mai 1990 vom österreichischen Ministerrat genehmigt. Die Ergebnisse dieses Ministerratsbeschlusses sehen folgende Verhandlungsschritte vor:

- a) Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten wurde im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung zu Verhandlungen betreffend eine Teilnahme Österreichs am Umweltforschungsprogramm STEP ermächtigt.
- b) Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten wurde im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung zur Fortführung der Sondierungsgespräche zwecks Teilnahme Österreichs am Rahmenprogramm der EG für Forschung und Entwicklung bevollmächtigt.

Bezüglich der Teilnahme am Umweltforschungsprogramm STEP wurde inzwischen seitens der EG-Kommission ein Vertragsentwurf vorgelegt, der derzeit von den interessierten Bundesministerien (Wissenschaft und Forschung, auswärtige Angelegenheiten, Umwelt, Jugend und Familie, Land- und Forstwirtschaft, wirtschaftliche Angelegenheiten) geprüft wird. Insbesondere wird die ausreichende Vertretung der österreichischen Interessen im derzeit vertraglich vorgesehenen Kooperationskomitee EG-Österreich geprüft.

Anfang Juli 1990 finden die nächsten EG-EFTA Gespräche zwecks Teilnahme am Umweltforschungsprogramm STEP in Brüssel statt.

Die Sondierungsgespräche betreffend Teilnahme am Rahmenprogramm der EG für Forschung und Entwicklung werden im Juni 1990 anlässlich des Aufenthaltes des in der EG-Kommission für Wissenschaft und Forschung zuständigen Generaldirektors Fasella in Wien fortgeführt werden.

- 3 -

ad 2)

Die Vorwegnahme des österreichischen Beitrittes zur EG durch volle Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EG bedeutet:

- a) Im Teilbereich der Forschung und Technologie, der wichtige strukturpolitische Auswirkungen auf die gesamte österreichische Volkswirtschaft besitzt, entsprechende Vorbereitungen treffen zu können.
- b) Rechtzeitig praktische Erfahrungen betreffend die erforderlichen Anpassungen auf völkerrechtlicher, organisatorischer und finanzieller Ebene sammeln zu können.
- c) Auf der Ebene des staatlichen Budgets bereits jetzt schrittweise jenen Vorgang durchführen zu können, der bei einem Beitritt Österreichs zur EG die budgetären Auswirkungen in diesem Bereich mildern würde.
- d) Durch einen "Paukenschlag" rechtzeitig das österreichische Forschungspotential, das für die Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EG benötigt wird, zu erhöhen, um damit die erforderlichen Rückflüsse sichern zu können.

Der Bundesminister:

